

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung – Rede zum Entwurf des UN-Zukunftspakts bei den GIZ-RNE-Roundtable-Gesprächen

Sehr geehrte Frau Botschafterin, sehr geehrte Damen und Herren,
ich heiÙe Sie alle sehr herzlich willkommen.

Warum engagiert sich der Rat für Nachhaltige Entwicklung für Aufmerksamkeit zu der im September stattfindenden UN-Konferenz *Summit of the Future*?

Uns erscheint es in einer Welt des wachsenden geopolitischen Denkens zwingend notwendig, einen gemeinsamen Standpunkt in den Vereinten Nationen für unsere Zukunft zu erarbeiten, der vom Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt ist.

Wir sind nicht alle!

Bei der Schweizer Ukraine-Konferenz und auch in den letzten Tagungen der Internationalen Finanzinstitutionen hat sich gezeigt: Es gibt eine Spaltung, die auch die Länder des Globalen Südens erfasst. Aber in den Vereinten Nationen – das hat die letzte Vorbereitungsdiskussion *Financing for Development* gezeigt – gibt es die Chance, gemeinsame Standpunkte zu beschließen, die uns weiterbringen.

Dank an die Arbeit von Antje Leendertse, der Ständigen Vertreterin Deutschlands bei den Vereinten Nationen und Botschafter Gertze, Namibia, die den Text des *Pact for the Future* als Ko-Fazilitatoren gemeinsam begleiten.

Das Denken allein in nationalen, ich möchte fast sagen, nationalistischen Kategorien, hat auch in Deutschland um sich gegriffen. Dabei unterschätzen aber diese Kritiker die Möglichkeiten, die Deutschland, die Europäische Union und die G7 haben!

Bei der Entwicklungszusammenarbeit oder der Humanitären Hilfe kürzen zu wollen, bedeutet Deutschland zu verzwingen – zumal die Entwicklungszusammenarbeit 2,5 % des Bundeshaushaltes ausmacht.

55 % der im letzten Schuldenreport untersuchten Entwicklungsländer sind mittlerweile kritisch oder sehr kritisch verschuldet. Nach der Corona-Pandemie, deren ökonomische Auswirkungen die Länder des Globalen Südens hart getroffen haben, nach den steigenden Refinanzierungskosten, die die Entwicklungsländer für ihre notwendigen Investitionen besonders treffen, hängt die Verschuldungssituation diesen Ländern wie ein Mühlstein am Hals. In 45 Staaten fließen mehr als 15 % der Staatseinnahmen in den ausländischen Schuldendienst:

Kein Geld für die Zukunft, für Bildung, Gesundheit, Anpassung an den Klimawandel und notwendige Transformationen.

Wir begrüßen es deshalb sehr, dass in dem Zweitentwurf des Pact for the Future ausdrücklich eine Überprüfung der Schuldenarchitektur, Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlass gefordert werden. Den Entwicklungsländern mehr Finanzspielraum zu verschaffen ist auch in unserem ureigenen Interesse. Wir werden die Klimaziele nur verwirklichen und unseren Planeten vor dem Verhängnis retten, wenn sich alle Regionen an diesen Aufgaben beteiligen (können). Deshalb ist aus Sicht des Rates für Nachhaltige Entwicklung ein umfassender Schuldenerlass notwendig, der neben den großen bilateralen Gebern, wie z.B. China, auch den privaten Sektor und die multilateralen Finanzinstitutionen einbezieht.

Das Allermindeste sollte aber sein, verabredet zwischen so vielen öffentlichen und privaten Gebern und Gläubigern wie möglich, Schuldenerlasse mit der Finanzierung des Ausstieges aus fossilen Energien oder Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu koppeln.

Ja, wir müssen wohl wehrhaft militärisch sein, aber diese Finanzierung darf nicht zulasten der Investitionen in nachhaltige Entwicklung gehen. Deshalb begrüßen wir in dem uns vorliegenden Zweitentwurf sehr die Passage „*Ensure that spending on arms does not come at the expense of investment in sustainable development.*“

Wir müssen wehrhaft sein im Kampf gegen alte und neue Pandemien, gegen Ungleichheit, gegen den Klimawandel und für Geschlechtergerechtigkeit.

Dankenswerterweise nennt der Entwurf auch notwendige Finanzierungsansätze:

- *Tax evasion* und *profit shifting* unterbinden (*Profit Shifting, also Gewinnverlagerung*, kostet die öffentlichen Hände weltweit 650 Milliarden US Dollar!)
- Er nennt auch den Vorschlag Brasiliens zur Besteuerung von Steuermilliardären
- Vor allem aber eine umfassende Reform der internationalen Finanzarchitektur
- Er nennt Sonderziehungsrechte als innovative Finanzierungsmöglichkeit zur Stabilisierung des Finanzsystems („*Encourage countries to voluntarily rechannel at least fifty percent of SDRs from the 2021 issuance, including through the multilateral development banks*“); d.h. die freiwillige Weitergabe von 50 % der Emission von 2021!

Ermutigend ist aus unserer Sicht auch die klare Positionierung gegen Atomwaffen. Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat gerade konstatiert, dass sich die Welt in einer gefährlichen nuklearen Aufrüstungsspirale befindet. Deshalb ist es wichtig, dass der bisherige Entwurf formuliert: „Die einzige Garantie gegen den Einsatz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen ist ihre vollständige Beseitigung“. Gleichzeitig drückt er seine Sorge vor der Erosion der internationalen Normen in diesem Bereich aus und fordert die Entwicklung von Schritten zur atomaren Abrüstung. Als Rat setzen wir uns auch für die Verwirklichung eines rechtsverbindlichen Instrumentes zum Verbot tödlicher autonomer Waffensysteme ein ebenso wie für eine multilaterale Regelung für die Fragen von militärischen Anwendungen der künstlichen Intelligenz.

Für wichtig halten wir die Vorschläge zur Stärkung der Rolle der UN-Generalversammlung. Hervorheben möchten wir besonders den bereits im Bericht des UN-Generalsekretärs António Guterres enthaltenen Vorschlag zur Einberufung eines alle zwei Jahre tagenden Koordinierungsgremiums für globale Wirtschaftsfragen, das unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs, des UN-

Generalsekretärs und der Internationalen Finanzinstitutionen tagen und beraten sollte. Dies könnte eine Instanz werden, die UN und Finanzinstitutionen enger zusammenbringt und so etwas wie ein notwendiger UN-Nachhaltigkeitsrat werden.

Nutzen wir die Chance eines ambitionierten und aktionsorientierten Zukunftsgipfels! Er kann nicht nur einen Impuls in den wichtigen Finanzierungsfragen auf dem Weg zur vierten Internationalen Konferenz im Juni 2025 in Madrid sein. Er könnte und sollte ein starkes Signal setzen für wirklichen Multilateralismus, für internationale Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit – trotz alledem!